

Der Senat wird modernisiert

François Talcy*

In 39 Départements und vier Überseeterritorien fand am 21. September 2008 die Wahl zur Besetzung von 114 Senatorenmandaten statt. Seit der Senatsreform von 2003 werden die Vertreter der zweiten Kammer für sechs Jahre gewählt, der *Sénat* wird alle drei Jahre zu einem Drittel, ab 2011 zur Hälfte, neu formiert. Über die zweite Kammer in Frankreich ist viel geschrieben worden, vor allem im Vergleich zum deutschen Bundesrat. Während die deutsche Ländervertretung je nach regionalen Mehrheiten den Regierenden in Berlin das Leben schwer machen kann, bleibt der *Sénat* in Paris ein eher zahloser Papiertiger, der zwar Gesetze und Gesetzesänderungen vorschlagen kann, dennoch wenige Möglichkeiten zur Verabschiedung von Gesetzen besitzt. Denn die Vorlagen müssen immer mit gleichem Wortlaut verabschiedet werden. Einigen sich dabei beide Kammern nicht, kann letzten Endes die Nationalversammlung auf Antrag der Regierung den *Sénat* überstimmen.

Die 343 Senatoren werden von insgesamt 150 000 Wahlmännern bestimmt – überwiegend Vertretern aus den Gebietskörperschaften, die insgesamt ein größeres Gewicht als die Wahlmänner der Städte haben. Da diese Wähler aus ländlichen Gebieten meistens eher konservativ sind, verfügt der *Sénat* seit Gründung der V. Republik über eine bürgerliche Mehrheit, die nie ernsthaft gefährdet wurde. Aufgrund der Erfolge, die die linken Parteien bei den Kommunal- und Kantonalwahlen im Frühjahr 2008 und bei den Regionalwahlen im Jahre 2007 erzielt haben, vertritt nun die Opposition die Meinung, die zweite Kammer sei nicht mehr repräsentativ. Sie bemängelt, dass die verschiedenen Parlamentsreformen der letzten Jahre an diesem Zustand nichts geändert haben. Jean-Pierre Bel, Fraktionsvorsitzender der Sozialisten im Senat, kritisierte während des diesjährigen eher ruhigen Wahlkampfes, dass der *Sénat* „auf immer und ewig verriegelt“ ist: „Es gibt hier

eine unumstößliche Mehrheit der Rechten. Das ist eine Form sich der Demokratie zu verweigern.“

Dennoch sorgte die letzte Wahl für eine Überraschung: Zwar haben die Neogaullisten der UMP und ihre Verbündeten im bürgerlichen Lager ihre Mehrheit erwartungsgemäß behauptet, dennoch eroberten Sozialisten, Kommunisten und radikale Linke unerwartet zusätzliche Sitze, die die Regierungsmehrheit empfindlich zusammenschmelzen lässt. Dieser Denkwort, wird vermutet, könnte sich sogar 2011 zum ersten Mal seit 1958 in eine linke Mehrheit im Senat umwandeln. Roger Karoutchi, Abgeordneter der UMP und Staatssekretär für die Beziehungen zum Parlament, relativiert den Wahlerfolg der Linken. Zwar hätten die Linken in vielen Städten zugelegt, aber nicht in den zahlreichen Dörfern. Wenn beide Parlamentskammern nach dem gleichen Wahlsystem gewählt werden sollten, so der Minister, dann bräuchte man eigentlich nur noch ein Parlament.

Am 1. Oktober fand die Wahl des Senatspräsidenten statt. Der frühere Arbeitsminister Gérard Larcher konnte sich als Kandidat der UMP durchsetzen, nicht nur gegen den aussichtslosen Jean-Pierre Bel, sondern auch gegen Parteifreunde, unter ihnen der frühere Premierminister Jean-Pierre Raffarin. Die Funktion ist verfassungsrechtlich von Bedeutung, da der Präsident im Falle einer Vakanz im Elysée-Palast interimistisch den Staatsoberhaupt vertritt. Dies ist im letzten halben Jahrhundert zweimal geschehen: Für einige Wochen führte Senatspräsident Alain Poher die Amtsgeschäfte nach dem Rücktritt von Staatspräsident Charles de Gaulle 1969 und nach dem Tod seines Nachfolgers Georges Pompidou 1974.

Aber die wichtigere Aufgabe des neuen Senatspräsidenten wird sein, der Debatte um eine Modernisierung der ironisch als „Altersheim für ältere Politiker“ bezeichneten Kammer eine Richtung zu geben, die den Ruf des Senats aufpolieren soll.

* François Talcy ist freier Journalist.